

Berliner Pakt für die Pflege

Gute und würdevolle Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen, die Beschäftigten Motivation und Wertschätzung bieten und ihnen langfristig ein zufriedenstellendes und gesundes Tätigsein ermöglichen. Attraktive Arbeitsbedingungen sind gut für die Beschäftigten und bestimmen maßgeblich die Zufriedenheit der zu Pflegenden. Unbestritten ist der Pflegebereich eine Wachstums- und Zukunftsbranche. Sie bietet ihren Beschäftigten über die kommenden Jahrzehnte zukunftsträchtige und sichere Arbeitsplätze.

Schon heute ist der Pflegeberuf ein attraktiver Ausbildungsberuf mit steigenden Ausbildungszahlen. Der Pflegeberuf bietet zudem kontinuierliche Weiterbildungsmöglichkeiten, wohnortnahe, vielfältige Beschäftigungsangebote sowie Aufstiegschancen. Pflegeberufe gewinnen vor allem dadurch wieder an Anziehungskraft für junge Nachwuchskräfte.

Um den steigenden Bedarf an Pflegepersonal decken zu können, muss die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte und ihre Verweildauer im Beruf erhöht werden. Dafür muss die Zahl der Ausbildungsplätze weiter ausgebaut werden. Daher setzen wir, die Unterzeichnenden, uns gemeinsam für mehr Aus- und Weiterbildung sowie attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ein!

Die Unterzeichnenden verpflichten sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu konkreten Handlungsschritten in drei Kernbereichen:

1. Bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung

Wir wollen gemeinsam die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte dem steigenden Personalbedarf anpassen. Um die Entwicklung des Bedarfs zu ermitteln wird eine Datengrundlage erstellt, die regelmäßig aktualisiert wird. Die Arbeitskräfte in der Pflege von morgen müssen heute ausgebildet werden. Wir nehmen die Veränderungen in der neuen generalisierten Pflegeausbildung und die bevorstehende Einführung der Ausbildungsumlage zum Anlass, um bereits jetzt die Zahl der Ausbildungsplätze in einem ersten Schritt deutlich zu erhöhen mit dem Ziel der Verdoppelung, und dann dem Bedarf anzupassen. Dafür werden die schulischen Kapazitäten erweitert. Die Unterzeichnenden wirken ergänzend darauf hin, dass ausreichend Praxisstellen sowie Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter zur Verfügung stehen. Das geht einher mit einer ausreichenden Refinanzierung. Die Studienkapazität für die Qualifizierung von Lehrkräften nach den neuen Anforderungen aus dem Pflegeberufegesetz muss dem zusätzlichen Bedarf kontinuierlich angepasst werden. Die praktische Ausbildung wird durch konkrete noch zu vereinbarende

Maßnahmen unterstützt. Die Unterzeichnenden entwickeln einen Maßnahmenplan für bessere Ausbildungsbedingungen in der Praxis, denn eine gute Praxisanleitung und Praxisbegleitung gibt den Auszubildenden die nötige Sicherheit und Erfahrung für eine qualitativ hohe Pflegeleistung. Im Rahmen der Einführung der generalisierten Pflegeausbildung werden Schulen dabei unterstützt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, analog zur Verbundausbildung, um insbesondere kleinere Pflegeeinrichtungen bei der Ausbildung zu unterstützen.

Die Unterzeichnenden unterstützen ihre Mitglieder bei der Bedarfsermittlung als Planungsgrundlage für die erforderlichen Ausbildungskapazitäten in Berlin. Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Bedarf an Arbeitskräften solide zu ermitteln und ihre Ausbildungskapazitäten an dem benötigten Nachwuchs in der gesamten Branche auszurichten. Die Regionaldirektion als Kooperationspartnerin setzt sich gemeinsam mit den Unterzeichnenden dafür ein, die Vermittlung in Ausbildungsplätze in Pflegeberufe zu stärken. Dazu sind eine frühzeitige Berufsorientierung, insbesondere in den allgemeinbildenden Schulen, die ausreichende Bereitstellung von Praktikumsplätzen und Einstiegsqualifizierungen erforderlich. Schüler und Schülerinnen lernen dadurch die Pflegeberufe und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten in berufsnahen Kontexten kennen. Ausbildungsabbrüchen wird dadurch entgegengewirkt. Potenziale für die erwachsenengerechte Ausbildung, d.h. Umschulungen, sowie die berufsbegleitende Ausbildung oder Qualifizierung sind zu erschließen und zu nutzen. Dazu melden die Arbeitgeber ihre offenen Arbeits- und Ausbildungsstellen an die Agentur für Arbeit. Im Rahmen von jährlichen Branchengesprächen bewerten die Regionaldirektion und die Unterzeichnenden die Entwicklungen, und leiten Handlungsbedarfe ab.

Es werden Anreize sowohl für die Pflegehilfskräfte als auch für die ausbildenden Einrichtungen für die berufsbegleitende Weiterqualifizierung zur Fachkraft gesetzt. Insbesondere werden gemeinsam Fördermöglichkeiten entwickelt, während der Ausbildung die Entgeltlücke für die Auszubildenden zu reduzieren. Die Zahl der Abbrüche in der Pflegeausbildung wird erfasst, analysiert und transparent gemacht. Um Abbrüche zu vermeiden, werden die Unterzeichnenden Maßnahmen entwickeln, wie beispielsweise Mentoringprogramme, mehr Sozialarbeiter/innen und ausbildungsbegleitende Hilfen.

2. Bessere Vergütung

2.1 Bessere Vergütung in der Altenpflege

Wir setzen uns für eine einheitliche Vergütung in der Ausbildung und für die bessere und höhere Vergütung der Pflegehelfer/innen und der Pflegefachkräfte ein. Eine höhere Vergütung kann durch die Vereinbarung bzw. Anwendung von Tarifverträgen als auch im Bereich konfessioneller Trägerschaften durch die Anwendung von Arbeitsvertragsrichtlinien erreicht werden. Unabhängig davon wertet eine höhere Tarifbindung grundsätzlich die Branche auf. Die Unterzeichnenden begrüßen die Sozialpartnerggespräche – unter Moderation der SenGPG sowie Mitwirkung der SenIAS – mit dem Ziel der Entwicklung gemeinsamer Eckpunkte für eine einheitliche Ausbildungsvergütung

mindestens auf dem Niveau der Krankenpflegeausbildung. Dabei werden die Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts gewahrt. Im zukünftigen Pflegefachberuf sollte die einheitliche und angemessene Vergütung aller Berufsbilder sichergestellt werden. Die Entwicklungen in der Bundespolitik werden von den Unterzeichnenden eng und aktiv begleitet und in die Vorhaben auf Landesebene eingebunden.

Wir wollen einer Ungleichbehandlung von festangestellten Pflege- und Leiharbeiter/innen entgegenwirken. Die teilweise aggressive Abwerbung von Pflegekräften durch Leiharbeitsunternehmen verschärft den Personalmangel und gefährdet die Qualität in der Pflege. Um dieses Verhalten einzuschränken, wird geprüft wie der Einsatz von Leiharbeiter/innen auf ein absolutes Mindestmaß zur Sicherung von kurzfristigen Ausfällen reduziert werden kann. Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung in der Pflege müssen so attraktiv ausgestaltet werden, dass sich mehr Menschen künftig für eine Festanstellung im Pflegeberuf entscheiden und im Anschluss langfristig festangestellt dort verweilen. So werden die Arbeitsbedingungen für alle attraktiver und die Betriebsbindung größer. Darüber hinaus wird geprüft, ob Leiharbeitsunternehmen sich an den Ausbildungs- und Weiterbildungskosten für Pflegefachkräfte in Zukunft beteiligen können. Es werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Leiharbeit in der Pflege einzudämmen.

2.2 Bessere Vergütung in den Krankenhäusern

Die Personalplanung und Gestaltung der Arbeitsbedingungen liegt in der Verantwortung der Krankenhäuser. Der Koalitionsvertrag, der auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD geschlossen wurde, gibt den Krankenhäusern perspektivisch Instrumente an die Hand, um die Pflegekräfte besser zu bezahlen, mehr Pflegekräfte einzustellen. Dazu gehört, dass Krankenkassen zukünftig verpflichtet werden, Tarifsteigerungen in der Pflege vollständig zu refinanzieren. Dadurch wird es Krankenhäusern möglich sein, attraktive Tarifverträge abzuschließen und entsprechend zu finanzieren. Zudem werden insbesondere Pflegekräfte künftig außerhalb der sog. Fallpauschale vergütet. Durch diese Veränderung der Finanzierung entsteht der Anreiz, die Pflegepersonalkosten angemessen zu erhöhen.

Die Berliner Krankenhäuser verpflichten sich im Rahmen des Paktes für die Pflege, die veränderten gesetzlichen Vorgaben nach Inkrafttreten vollumfänglich im Sinne ihrer Beschäftigten zu nutzen, bessere Vergütung zu bezahlen, mehr auszubilden und mehr Personal einzustellen.

Wie bereits in Kapitel 2.1 genannt, werden Regelungen für die Eindämmung von Leiharbeit benötigt. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales werden sich im Rahmen der Evaluation des § 20 AÜG im Jahr 2020 dafür einsetzen, dass Leasing im Krankenhaus strenger reguliert wird. Ziel ist es, die mit der Leiharbeit verbundenen Verluste an Pflegekräften in Festanstellung zu reduzieren und Leiharbeiter/innen nur noch zur Abfederung besonders hoher Arbeitsbelastung einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit den betroffenen Unterzeichnenden prüfen, inwieweit sie den Krankenhausplan nutzen kann, um den Anteil der nichtfestangestellten Pflegekräfte zu senken, damit die Patientensicherheit zu gewährleisten.

3. Gute Arbeit: Gesundheitsmanagement und Familienfreundlichkeit

Wie setzen uns für attraktive Arbeitsbedingungen auch im Sinne von gesunder Arbeit ein.

Die Krankenstände sowie kurzen Verweildauern in der Pflege signalisieren dringenden Handlungsbedarf. Beschäftigte brauchen jetzt Angebote, die diesen Belastungen vorbeugen und sie abfedern. Dazu gehört, dass Berufstätigkeit in der Pflege familienfreundlicher gestaltet wird und Entlastungen durch den intelligenten Einsatz von digitaler Technik geschaffen werden. Beschäftigte in der Berliner Pflegebranche werden durch Entbürokratisierung in Verbindung mit digitaler Technik von aufgeblähter Bürokratie und einfachen, repetitiven Arbeiten entlastet. Die Entlastung durch besseren Einsatz von digitaler Technik ist auch auf Seiten der Sozialämter voranzutreiben, um die Pflegeeinrichtungen im Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu entlasten. Flexible Arbeitszeiten und intelligente Schichtsysteme können die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf erleichtern. Zudem sind gute Arbeitsbedingungen auch das Ergebnis guter Personalführung. Die Unterzeichner/innen setzen sich dafür ein, Maßnahmen zu unternehmen, um die Attraktivität des Arbeitsplatzes zu steigern. Sie etablieren einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch und schaffen Angebote für entsprechende Fortbildungen für Führungskräfte. Im Ergebnis wird eine Handreichung mit Best-Practice-Beispielen in den genannten Bereichen erstellt. Sie befördert eine überbetriebliche Zusammenarbeit im Gesundheitsmanagement und unterstützt konkrete Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung in der Pflege. Im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetz wird geprüft, ob ein Schwerpunkt in der Pflege gesetzt werden kann.

Erstunterzeichnende des Pakts für die Pflege am: 1. April 2019

- **AOK Nordost, Hans-Joachim Fritzen**, Leiter der Unternehmenseinheit Pflege
- **Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Oliver Bürgel**, Geschäftsführer des AWO-Landesverbandes Berlin e.V. und derzeitiger Vorsitzende der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin
- **Bundesarbeitsgemeinschaft Hauskrankenpflege (B.A.H. e.V.), Thorsten Weilguny**, juristischer Referent
- **Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Christian Thomes**, Leiter der Gesundheits- und Sozialpolitik,
- **Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., Dr. Gabriele Schlimper**, Geschäftsführerin
- **Deutscher Bundesverband für Pflegeberufe Nordost e.V., Franziska Rahmel**, Geschäftsführerin
- **Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Sonja Zander**, Leiterin des Arbeitsbereiches Altenarbeit und Pflege
- **DRK-Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., Volker Billhardt**, Vorsitzender des Vorstands und Landesgeschäftsführer

- **Landespflegerat Berlin Brandenburg, Isabell Berger**, Referentin des Vorstandsvorsitzenden
- **Kommunaler Arbeitgeberverband e.V., Martin Urban**, Vorsitzender des Vorstandes des KAV Berlin und Vorstand Personal, Soziales und technische Dienstleistungen der BSR
- **Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), Franz Allert**, Präsident
- **ver.di Landesbezirk Berlin Brandenburg, Meike Jäger**, Landesbezirksfachbereichsleiterin bei ver.di Berlin-Brandenburg, zuständig für den Bereich Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen